

Große Anfrage

der Abgeordneten Garrelt Duin, Carsten Schneider (Erfurt), Hubertus Heil (Peine), Manfred Zöllmer, Ingrid Arndt-Brauer, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Doris Barnett, Klaus Barthel, Lothar Binding (Heidelberg), Klaus Brandner, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Dr. Peter Danckert, Martin Dörmann, Petra Ernstberger, Peter Friedrich, Martin Gerster, Iris Gleicke, Bettina Hagedorn, Klaus Hagemann, Rolf Hempelmann, Dr. Barbara Hendricks, Petra Hinz (Essen), Johannes Kahrs, Nicolette Kressl, Ute Kumpf, Petra Merkel (Berlin), Manfred Nink, Thomas Oppermann, Bernd Scheelen, Ewald Schurer, Rolf Schwanitz, Dr. Carsten Sieling, Wolfgang Tiefensee, Andrea Wicklein, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Umsetzung der Ergebnisse im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik der G8- und G20-Gipfel durch die Bundesregierung

Der Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung behandelt unter anderem die Ergebnisse der G8- und G20-Gipfeltreffen aus dem Jahr 2009. Bei diesen Gipfeltreffen wurden konkrete Absprachen zur Umsetzung durch die Bundesregierung vereinbart.

Vor dem Hintergrund des nächsten G-8-Gipfels am 25./26. Juni 2010 und des nächsten G20-Gipfels am 26./27. Juni 2010 in Kanada ist es für Deutschland besonders wichtig, sich politisch optimal zu positionieren. Daher muss auf Grundlage der Umsetzung bisheriger Gipfelbeschlüsse durch die Bundesregierung eine neue Zielperspektive geschaffen werden.

Wie auch die Wirtschaftsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten einvernehmlich festgestellt haben, ist die Wirtschaftskrise noch längst nicht bewältigt. Sowohl Industrieländer als auch viele Schwellenländer werden die Auswirkungen der Krise noch lange spüren. Es kommt deshalb darauf an, dass ein internationaler Rahmen für ein robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum geschaffen wird. Außerdem müssen die bisher beschlossenen Reformen im Bereich der Finanzmarktregulierung entschlossen umgesetzt werden. Nur durch die Beseitigung der deutlich gewordenen Schwächen bei Regulierung und Aufsicht kann der Bereitschaft im Finanzsektor zum Eingehen unverhältnismäßiger Risiken effektiv entgegengewirkt werden und können Konsumenten, Sparer und Investoren vor missbräuchlichen Marktpraktiken geschützt werden.

Finanzmärkte, Finanzprodukte und Finanzmarktakteure müssen durch Entscheidungen der G8- und G20-Gipfel einer wirksamen Regulierung unterworfen werden. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass die Umsetzung der internationalen Abstimmungen von Seiten der Bundesregierung nicht mit der notwendigen Intensität verfolgt werden. Die deutsche Wirtschaft ist auf funktionierende internationale Finanzmärkte ganz besonders angewiesen und die

notwendige wirksame und stabilitätssichernde Regulierung dieser Märkte ist für uns von ganz besonderem Interesse.

Die Bundesregierung muss sich deshalb im Rahmen der G8 und der G20 dafür einsetzen, konsequent gegen Offshore-Finanzzentren und Steueroasen vorzugehen, eine internationale Finanztransaktionssteuer einzuführen, ein international gültiges Aufsichts- und Regelwerk für systemisch relevante Kredit- und Versicherungsinstitute sowie für Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Ratingagenturen zu schaffen. Ebenso müssen Maßnahmen ergriffen werden, um unverhältnismäßige Bonuszahlungen zu begrenzen und sie an die (nachhaltige) Unternehmensentwicklung zu binden sowie ein internationales Frühwarnsystem für Fehlentwicklungen und mögliche krisenhafte Entwicklungen auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten zu etablieren, das die Notenbanken mit einbezieht.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Zu den Ergebnissen des G8-Gipfels in L'Aquila/Italien (8. bis 10. Juli 2009)

1. Zu welchen Ergebnissen hat der Austausch der Bundesregierung mit anderen Ländern über mögliche Wege aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geführt, und welche konkreten Konsequenzen wurden daraus gezogen?

II. Zu den Ergebnissen des G20-Gipfels in London (2. April 2009)

2. Konnte die Bundesregierung eine Verständigung auf massive Aufstockungen der Mittel für internationale Finanzinstitutionen und zur Handelsfinanzierung, insbesondere des Internationalen Währungsfonds (IWF), erzielen, und wenn ja, wie hoch ist diese Aufstockung?

3. War es der Bundesregierung möglich, eine Verlängerung des Moratoriums gegen protektionistische Maßnahmen bis Ende 2010 zu erzielen?

4. Hat die Bundesregierung eine Einigung auf ein schärferes Vorgehen gegenüber Steueroasen mit den G20-Ländern abschließen können?

5. Wie sieht die geplante Fortschreibung des Aktionsplans zur Reform der Finanzmarktregulierung genau aus?

III. Zu den Ergebnissen des G20-Gipfels in Pittsburgh (24./25. September 2009)

6. Konnte die Bundesregierung die G20 als entscheidendes Forum für die weltweite Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik gewinnen, und wenn ja, wie sehen die gemeinsamen Initiativen im Nachgang des Gipfeltreffens in Pittsburgh aus?

7. Wie sieht die Verständigung auf eine gemeinsam abgestimmte Strategie zum Ausstieg aus den getroffenen Maßnahmen zur Stützung von Konjunktur und Finanzmärkten („Exitstrategie“) aus, und welche Länder haben diese bisher implementiert?

8. Welche konkreten Maßnahmen im Rahmen einer „Exitstrategie“ hat die Bundesregierung selbst für Deutschland eingeleitet?

9. Welche Erfolge konnten bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Reform der Finanzmarktregulierung in folgenden Bereichen erzielt werden:

a) Verbesserung der grenzüberschreitenden Abwicklung von Finanzinstitutionen;

b) Verbesserung der Qualität und Quantität des von den Banken vorzuhaltenden Kapitals;

- c) effektive Regulierung der Derivatemärkte;
 - d) Erweiterung der Regulierung und Aufsicht von Hedgefonds;
 - e) Einführung nachhaltiger und verantwortlicher Vergütungsprinzipien zur Stärkung der Finanzmarktstabilität.
10. Welche Länder unterstützen diese Ansätze, und welche Länder haben ihre Unterstützung bisher nicht zugesagt?
 11. Welche konkreten Initiativen, insbesondere zur Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer, hat die Bundesregierung selbst in die G20 eingebracht, um die Ziele zu erreichen?
 12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, dass auf dem G20-Gipfel am 26./27. Juni 2010 in Kanada eine Einigung darüber erzielt werden kann, wie die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte verbessert und systemrelevante Finanzinstitute effizienter reguliert werden können.
 13. Welche Initiativen will die Bundesregierung auf dem G20-Gipfel am 26./27. Juni 2010 in Kanada ergreifen, um den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen?
 14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge der Europäischen Kommission für ein Europäisches System der Finanzaufsicht?
 15. Können durch effizienter arbeitende Aufsichtsstrukturen im Euroraum große Finanzkrisen künftig vermieden werden?
 16. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass bei der fortschreitenden Integration der europäischen Finanzmärkte mit zunehmend länderübergreifend agierenden Finanzinstitutionen die Durchsetzungskompetenzen einer europäischen Aufsichtsbehörde gestärkt werden muss?
 17. Wie sieht die Strategie für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum („Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth“), die durch die Mitgliedstaaten umgesetzt und den IWF beaufsichtigt und evaluiert werden soll, aus?
 18. Welche Länder unterstützen das „Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth“ bisher, und welche Länder sollen nach Meinung der Bundesregierung sich an dem Framework weiter beteiligen?
 19. Konnte die Bundesregierung Fortschritte bei der Erarbeitung einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften erzielen und Kernprinzipien der Charta als Grundlage festlegen, und wenn ja, wie sieht diese aus?
 20. Ist es der Bundesregierung gelungen, eine Begrenzung exzessiver Ölpreisvolatilität durch mehr Transparenz und bessere Aufsicht auf den Ölterminkmärkten zu erzielen, um die Energiesicherheit zu erhöhen, und wenn ja, wie sieht diese aus?

Berlin, den 19. Mai 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

